



Die Bewegungsstiftung legt ihr Kapital nach transparenten Kriterien ethisch-ökologisch korrekt an und setzt auf ein Miteinander der Stiftungsgemeinschaft. Foto: Bewegungsstiftung

Einfluss und Wirken von Stiftungen



Brigitte Knopf

Stifterin der Bewegungsstiftung

Stiftungen sind undemokratisch und von daher als Instrument für eine notwendige gesellschaftliche Umverteilung nicht geeignet. Diese Kritik am Stiftungswesen äußert Julia Friedrichs prominent in ihrem neuen Buch über die Erbesgesellschaft („Wir Erben – Was Geld mit Menschen macht“). Dabei können Stiftungen zeitweilig eine gute demokratische Alternative zu der praktisch nicht existenten Erbschaftssteuer bieten. Allerdings nur, wenn bestimmte Kriterien beachtet werden – und das sowohl beim Wirken nach Außen als auch bei der Organisation nach Innen.

Problematisch sind Stiftungen, wenn sie Aufgaben übernehmen, die eigentlich in staatliche

Hand gehören. Damit wird der Staat schleichend aus seiner sozialen Verantwortung entlassen, seiner Gestaltungsmöglichkeit beraubt und werden bestimmte Politikfelder der demokratischen Kontrolle entzogen. Auch die Bewegungsstiftung übt mit ihrer Förderung über Geld Einfluss aus. Allerdings will die Bewegungsstiftung die Ursachen gesellschaftlicher und politischer Probleme bekämpfen und gesellschaftliche Teilhabe aller ermöglichen. Sie tritt dafür ein, nicht nur die Symptome zu lindern, sondern die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Mitbestimmung und Demokratie gestärkt werden.

Anders als die meisten anderen Stiftungen ist die Bewegungsstiftung als Gemeinschaftsstiftung organisiert. Schon mit einem überschaubaren Betrag von 5000 Euro kann jede und jeder StifterIn werden. Das gesamte Stiftungskapital liegt derzeit bei 5,8 Millionen Euro. Dem Demokratiedefizit von Stiftungen begegnet die Stiftung, indem die Entscheidung über private Gelder kollektiven Entschei-

dungsprozessen überantwortet wird. Es ist für das Selbstverständnis der Bewegungsstiftung grundlegend, dass das Geld nach ethischen und ökologischen Gesichtspunkten angelegt wird. Die Bewegungsstiftung legt Wert auf Transparenz: Wie das Geld angelegt und wofür genau es ausgegeben wird, können alle, die es interessiert, im Internet nachlesen. Das finden wir schon allein deshalb angebracht, weil wir als gemeinnützige Stiftung Steuererleichterungen bekommen.

Stiftungen können die Debatte über eine faire Vermögens- und Erbschaftssteuer nicht ersetzen und sollen dies auch gar nicht. Im Gegenteil: Stiftungen sollten sich an der Debatte beteiligen. In der Bewegungsstiftung haben sich viele zusammengesetzt, die als Begünstigte der Erbgeneration ihr Vermögen einsetzen wollen, um gesellschaftlichen Wandel zu initiieren und voranzutreiben. Wie die Unterstützung für die Initiative „Vermögende für eine Vermögensabgabe“ zeigt, wären viele Mitglieder der Bewegungsstiftung wahrscheinlich bereit, Vermögens- und Erbschaftssteuern zu zahlen. Aber solange sich das politisch nicht durchsetzen lässt, ist die Bewegungsstiftung für mich eine gute Alternative.

Termine

Info-Abende für Stiftungsinteressierte

- 10. September** im Raum Mannheim/Karlsruhe
- 21. September** in Hamburg
- 29. September** in Hannover
- 12. Oktober** in Berlin
- 28. Oktober** im Raum Bonn/Köln

www.bewegungsstiftung.de/anmelden.html

Nächster Antragschluss

1. September Bewegungsstiftung und Stiftung bridge

Tagung „Transformation und Philanthropie“

20. bis 22. November

www.bewegungsstiftung.de/vermoegentagung.html

Halt – hier Grenze!

Gastbeitrag der von der Bewegungsstiftung geförderten Kampagne VisaWie?
Gegen diskriminierende Visaverfahren!



Ausschnitt aus dem Kampagnenfilm von VisaWie? (links) und ein abgelehnter Visumsantrag



Fotos: VisaWie?

Undurchsichtige Anforderungen, hohe Gebühren, endloses Warten und dann: abgelehnt! Meist endet mit dieser Nachricht das Antragsverfahren für ein deutsches Visum für Menschen aus etlichen Ländern der Welt.

Was ist ihr Beruf? Haben Sie Familie? Haben Sie ein Einkommen? Wie hoch ist dieses? Können Sie das beweisen? Sind Sie in einer Beziehung mit einer Deutschen?

Simon* ist 25 Jahre alt und arbeitet als Sozialarbeiter. Er befindet sich in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kampala, Uganda, und wird von einem Mitarbeiter ausgefragt. Zuvor musste er bereits Reisepass, Geburtsurkunde und polizeiliches Führungszeugnis beantragen, ein Motivationsschreiben abfassen, eine Krankenversicherung abschließen. Außerdem einen Lebenslauf und zahlreiche weitere Formulare vorlegen und einen dreimonatigen Sprachkurs absolvieren.

Kürzlich wurde ihm eine Stelle für einen Freiwilligendienst in Kassel zugesagt. Er freut sich, hat viele Freunde in Deutschland, und der Freiwilligendienst wäre eine passende Ergänzung zu seinen Erfahrungen im Bereich sozialer Arbeit. Nun, nachdem er eine Menge Geld, Zeit und Energie investiert hat, braucht er nur noch das Visum, um den Dienst antreten zu können. Beim Einreichen seiner Unterlagen muss er jetzt in einem Interview Fragen teilweise sehr persönlicher Art beantworten. Nach einem Monat des Wartens bekommt er endlich eine Rückmeldung: „Ihre Unterlagen liegen in der Botschaft bereit.“ Mehr nicht. Erneut muss er nach Kampala fahren. Von Jinja, wo er wohnt, dauert das mindestens drei Stunden. In der Botschaft bekommt er

kommentarlos seinen Antrag in die Hand gedrückt: abgelehnt!

Simon ist kein Einzelfall. Täglich machen unzählige Studierende, Reisende, Geschäftsleute, Angehörige die Erfahrung, dass ihr Visumsantrag nach langwierigen und kostspieligen Bemühungen und trotz Erfüllung aller offiziellen Anforderungen abgelehnt wird. Eine Rückerstattung angefallener Kosten findet nicht statt. Nachforschungen ergeben meist, dass der Grund eine „mangelnde Rückkehrbereitschaft“ ist. Dieses schwammige Kriterium öffnet Tür und Tor für Diskriminierung und Willkür. Die „Rückkehrbereitschaft“ eines Menschen kann nicht an objektiven Kriterien festgemacht werden. Dadurch fällt die Einschätzung darüber in den Ermessensspielraum der Botschaftsmitarbeiter*innen, die willkürlich eine Rückkehrbereitschaft unterstellen oder auch nicht.

Weitere Kriterien für Visa sind nachzuweisende finanzielle Rücklagen, Einladungsschreiben und eine Verpflichtungserklärung der Einladenden zur Übernahme aller anfallenden Kosten. Sie erschweren die Beantragung enorm und machen es für Menschen ohne die notwendigen finanziellen Voraussetzungen oder Beziehungen nach Deutschland schlichtweg unmöglich ein Visum zu erhalten. Besonders deutlich wird die Ungerechtigkeit, wenn man sieht, wie leicht es für Deutsche ist, ins Ausland zu reisen.

Dieser Missstand manifestiert sich weltweit. Beispielsweise werden 46,47 Prozent aller deutschen Visa, die in Guinea beantragt werden, abgelehnt. Im Senegal beläuft sich der Anteil auf 34,43 Prozent, in Kamerun auf 29,31 Prozent. Vergleichsweise werden aus dem Irak oder China nur rund vier Prozent aller Anträge abgelehnt. Es ist augenscheinlich, dass für Menschen aus bestimmten Ländern die Erfolgsaussichten deutlich schlechter stehen. Für Antragsteller aus afrikanischen Ländern liegt die Ablehnungsquote um ein Vielfaches höher als der Durchschnitt.

Die Kampagne VisaWie? setzt sich für umfassende Veränderungen in der deutschen und europäischen Visavergabepaxis ein. Unter anderem fordern wir die Abschaffung des Kriteriums der Rückkehrbereitschaft und eine Verschiebung der Beweislast vom Antragsteller auf die zuständige Botschaft. In den gegebenen Anforderungen spiegeln sich postkoloniale Machtverhältnisse und rassistische Denkweisen wieder. So festigt die derzeitige Praxis der Visavergabe Macht und Privilegien des globalen Nordens. Erfüllbarkeit der Voraussetzungen, Fairness und Vertrauen können erste Schritte sein für eine gerechtere Visavergabe.

* Name geändert

Zur Autorin Antje Hollander studiert Politikwissenschaften an der Leuphana Universität Lüneburg und gehört dem Presseteam der Kampagne VisaWie? Gegen diskriminierende Visaverfahren! an.
www.visawie.org

Wertloses Strandgut

Matthias Fiedler, Geschäftsführer der Bewegungsstiftung, über Initiativen zum Ausstieg aus dem Kohle-Investment



StifterInnen der Bewegungsstiftung am Tagebau Welzow-Süd im Braunkohlegebiet in der Lausitz.

Fotos: Susann Haltermann

Unternehmen, Staaten, Versicherungen und Stiftungen verkaufen ihre Anteile an Kohleunternehmen. Warum? Weil es ökonomisch nicht mehr sinnvoll ist, in Kohle zu investieren, sobald der Klimawandel politisch ernst genommen wird.

Stiftungen, Versicherungen, Pensionskassen und Universitäten in den USA und Großbritannien machen es, Norwegen macht es und sogar Warren Buffet macht es. Sie alle verkaufen ihre Anteile an Unternehmen, die Kohle, Öl und Gas aus der Erde holen. Was veranlasst sie dazu? Sie befürchten eine Blase, den sogenannten „Carbon Bubble“, der dieses Mal nicht wie 2007 mit Immobilien gefüllt ist, sondern mit Kohlenstoff.

Mit guten Zahlen belegen viele Ökonomen, dass – sollten sich die Regierenden beim Klimagipfel in Paris Ende dieses Jahres auf das Zwei-Grad-Ziel einigen – fossile Energieträger in den Bilanzen von Energie- und Erdölunternehmen massiv überbewertet sind und eine Spekulationsblase entstanden ist. Sobald sich

die Weltgemeinschaft auf Klimaziele einigt, die den Anstieg der Erderwärmung und des Meeresspiegels verhindern, sind diese Vermögen „stranded assets“, ein wertloses Strandgut also aus umgerechnet hunderten Milliarden von Dollar. Denn: Ein guter Abschluss in Paris würde bedeuten, dass bis zu 80 Prozent der bereits bekannten fossilen Ressourcen im Boden bleiben müssen. Will man dann noch in Firmen investieren, deren Bilanzen auf der Annahme beruhen, dass diese Ressourcen noch zur Verfügung stehen und die dazu gerade zwischen 650 und 800 Milliarden Dollar im Jahr für die Exploration und Förderung fossiler Energien ausgeben? Ökonomisch ergibt das keinen Sinn, politisch erst recht nicht.

Um zu verstehen, was aktuell im Kreise vieler Investoren Thema ist, muss man die Geschich-

te der Divest-Invest-Kampagne erzählen. Seit etwa zwei Jahren bildet sich eine Bewegung, die institutionelle und private Investoren auffordert, aus der fossilen Brennstoffbranche auszusteigen. Neben dem politischen Argument, dass fossile Brennstoffe der Klimakiller Nummer 1 sind, gibt es auch das handfeste finanzielle Argument, denn – wie oben erläutert: Wer als Investor derzeit in die Ölindustrie investiert, spielt mit dem Feuer.

Allerdings gilt es noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Zu dem Zweck wurden in der vergangenen Zeit Kampagnen wie „Move Your Money“ und „Go Fossil Free“ gegründet, die Investoren wie auch PrivatanlegerInnen zu konsequenten Schritten auffordern und Handlungsoptionen bieten, Geld ethisch-nachhaltig anzulegen. Für den Stiftungsbereich hat sich die Divest-Invest-Kampagne etabliert, die in den USA sehr erfolgreich ist und nun nach Europa kommt.

Was können diese Kampagnen bewirken? Sie können zwar nicht dem gesamten Markt über den Hebel des Geldes eine Kehrtwende verpassen. Wenn sie es aber schaffen, die Stimmung auf dem Markt nachhaltig zu beeinflussen, wird der von Stimmungen so abhängige Markt von alleine folgen.

Die Bewegungsstiftung ist an diesen Entwicklungen beteiligt, auch weil wir als Stiftung eine gute Nachricht für Investoren bereit halten: Sie müssen die Risiken der fossilen Brennstoffindustrie nicht auf sich nehmen. Je eher sie sich gegen fossile Investitionen entscheiden und je eher sie auf nachhaltige Industrien umsteigen, umso größer die Chance, die positiven Entwicklungen dort mitzunehmen. Unser kohlenstoffreies Portfolio kann vielen Stiftungen zeigen: Eine Rendite lässt sich auch ethisch-nachhaltig erzielen! Und politisch ist die Sache eh klar: Wer Umweltschutz als Satzungszweck hat, sollte diesem auch in Investitionsentscheidungen nachkommen.

www.moveyourmoney.org.uk

www.gofossilfree.org/de

www.divestinvest.org/philanthropy

Impressum: Herausgeber Bewegungsstiftung, Artilleriestraße 6, 27283 Verden **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Matthias Fiedler, Antje Hollander, Leah Hunt-Hendrix, Brigitte Knopf **Verantwortlich:** Johanna Treblin, treblin@bewegungsstiftung.de
Kontakt: Telefon 04231 95 75 39, Fax 04231 95 75 41, info@bewegungsstiftung.de, www.bewegungsstiftung.de
Bankverbindung: Bewegungsstiftung, GLS Gemeinschaftsbank e.G., Konto 46 314 400, BLZ 430 609 67 **Layout:** Monika Bröse, Freiraum Kommunikation, www.freiraum-koeln.de **Druck:** Pachnicke, Göttingen, Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Unsere neuen Förderprojekte



Zwei von vier neuen Kampagnen: Die Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser (ZIF) fordert eine bessere Ausstattung von Einrichtungen für weibliche Opfer häuslicher Gewalt. Das Bündnis „Kohleausstieg Berlin“ will das Abschalten aller Kohlekraftwerke in Berlin und Brandenburg erwirken.

Fotos: ZIF, BürgerBegehren Klimaschutz

Stiftung bridge

Verfolgungsprofile

Mit der Kampagne „Verfolgungsprofile“ möchten mehrere überwachungskritische Gruppen das Bewusstsein in der Bevölkerung für wirtschaftliche und staatliche Bewegungsprofile und deren negative Konsequenzen für Individuum und Gesellschaft schärfen. Praktische, wirtschaftliche und politische Handlungsmöglichkeiten sollen aufgezeigt werden, die den Menschen befähigen, gegen verstärkte und ungewollte Profilbildung vorzugehen. Schwerpunkte sind Flugreisende, Autofahrende und Smartphone-Nutzende. Mit einem niedrigschwelligen Angebot an Information und Aktionen sollen unterschiedliche Gruppen und AktivistInnen zur Mitarbeit eingeladen werden. Die Kampagne, die von über 20 Personen aus verschiedenen lokalen und überregionalen NGOs und Gruppen konzipiert wurde, versteht sich explizit als Raum der verstärkten Zusammenarbeit und Vernetzung untereinander.

Förderung: 11.785 Euro.

www.verfolgungsprofile.de

Bewegungsstiftung

Landraub in Mali stoppen!

Die beiden malischen Dörfer Sanamadougou und Sahoo haben in den vergangenen Jahren

fast ihre gesamten landwirtschaftlichen Nutzflächen an einen malischen Großinvestor verloren. Bereits vor drei Jahren hat das transnationale Netzwerk Afrique-Europe-Interact (AEI) begonnen, Kontakte zu Bauern und Bäuerinnen im Office du Niger aufzubauen, einer Region 270 Kilometer nord-östlich der malischen Hauptstadt Bamako. Daraus hervorgegangen ist unter anderem die Basisgewerkschaft COPON (Kollektiv der Bauern im Office du Niger). Mit der Kampagne „Landraub in Mali stoppen!“ will Afrique-Europe-Interact die Rückerstattung des rechtswidrig enteigneten Landes erreichen. Konkret geplant ist als nächster Kampagnenschritt ein mehrwöchiges, von der COPON unterstütztes Sit-in der DorfbewohnerInnen. Afrique-Europe-Interact will die Kampagne gezielt mit Öffentlichkeitsarbeit in Mali und Europa begleiten.

Förderung: 8.000 Euro.

www.afrique-europe-interact.net

Frauenhäuser – 16-Tage-16-Bundesländer-Tour 2016

Vom 19. Februar bis 07. März 2016 organisieren Mitarbeiterinnen und Bewohnerinnen sowie BündnispartnerInnen autonomer Frauenhäuser eine 16-Tage-Tour durch alle 16 Bundesländer. Sie wollen damit zwei Hauptforderungen in die Öffentlichkeit tragen: dass alle von Gewalt betroffenen Frauen und ihre Kinder unbürokratisch und kostenlos Schutz und qualifizierte Unterstützung in einem Frauenhaus erhalten können – unabhängig von ihrem Einkommen, ihrem Wohnort, ihrem

Aufenthaltsstatus oder einer möglichen Behinderung/Beeinträchtigung –, und dass alle Frauenhäuser in Deutschland einzelfallunabhängig, bedarfsgerecht und verlässlich, das heißt auf gesetzlicher Grundlage, finanziert werden. Gemeinsam mit Frauen vor Ort sollen öffentlichkeitswirksame Aktionen durchgeführt werden.

Förderung: 15.000 Euro

www.autonome-frauenhaeuser-zif.de

Anti-Kohle-Kampagne

Wer es mit dem Klimaschutz und einer Energieversorgung durch 100 Prozent Erneuerbare ernst meint, der muss schnellstmöglich und geordnet aus der Kohleverstromung aussteigen – meint das Bündnis „Kohleausstieg Berlin“, das mit seiner Anti-Kohle-Kampagne ein Abschalten aller Kohlekraftwerke in Berlin und Brandenburg erwirken und die Erschließung neuer Tagebaue in der Region verhindern will. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für dieses Thema: Zum einen mobilisieren KlimaaktivistInnen zu den im Winter anstehenden Klimaverhandlungen in Paris. Zum anderen erhält das Thema Divestment, also der Ausstieg aus Investitionen in klimaschädliche Kohlekraft, immer stärkeren Aufwind. Das Bündnis „Kohleausstieg Berlin“ will dieses kohlekritische Klima nutzen, um das Thema zu einer entscheidenden Rolle bei der Abgeordnetenhauswahl im September 2016 und in den folgenden Koalitionsverhandlungen zu machen.

Förderung: 10.000 Euro.

www.kohleausstieg-berlin.de

Du willst also ein radikaler Philanthrop werden?

Wie kann man durch Spenden oder Stiften die beste Wirkung erzielen? Leah Hunt-Hendrix erläutert in einem Gastbeitrag ihr Verständnis von radikaler Philanthropie



Die US-amerikanische Erbin und Aktivistin Leah Hunt-Hendrix nahm an den Occupy-Protesten in New York teil. Foto: Leah Hunt-Hendrix

Leah Hunt-Hendrix ist Wissenschaftlerin, Organizerin und Anstifterin. Auf der Tagung der Bewegungsstiftung „Philanthropie und Transformation“ im Herbst hält sie einen Vortrag über radikales Stiften.

„Stell dir vor, du hast acht Milliarden Dollar“, schreibt der Autor Dylan Matthews auf der US-Nachrichtenseite vox.com „Damit willst du so viel Gutes tun wie möglich. Wie machst du das am besten?“ Matthews liefert die Antwort gleich mit: Er empfiehlt den Ansatz des „Open Philanthropy“-Projektes der Wohltätigkeitsorganisation GiveWell und der Stiftung Good Ventures, die dem Facebook-Mitgründer Dustin Moskovitz und seiner Frau Cari Tuna gehört. Open Phil verspricht, mittels einer radikalen Methode empirisch zu ermitteln, auf welche Weise pro eingesetztem Dollar bei bestimmten Themen am meisten Wirkung erzielt werden kann.

Diese Methode des „effektiven Altruismus“ ist angelehnt an die Arbeiten des Philosophieprofessors Peter Singer von der Universität Princeton, an der ich auch studiert habe. Singer ist Utilitarist und meint, dass man immer versu-

chen sollte, das Beste für die größtmögliche Anzahl von Menschen herauszuholen. Solange in Afrika Kinder sterben, sei es illegitim, etwas anderes zu tun als sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, diese Leben zu retten. Deshalb schickt GiveWell unter anderem Moskitonetze nach Afrika, und hofft, damit Kinder vor Malaria zu schützen.

Ich schätze ein solches Gefühl für Dringlichkeit sehr. Wir leben in einer Zeit der tiefen Krise und der Zerstörung der Existenzgrundlagen von Millionen von Menschen und müssen etwas dagegen tun. Aber Moskitonetze nach Afrika zu verschicken lindert lediglich das Leiden, ignoriert jedoch die Fragen, wodurch das Leiden überhaupt ausgelöst wurde, welche strukturellen politischen und wirtschaftlichen Gründe dahinter stecken und welche langfristigen Lösungen diesen Kreislauf durchbrechen könnten.

Der US-amerikanischen NGO The Rules zufolge geben reiche Länder jedes Jahr rund 130 Milliarden Dollar an Entwicklungshilfe aus, die in arme Länder fließen. Gleichzeitig ziehen sie jährlich 900 Milliarden Dollar über illegale Finanzabflüsse aus den armen Ländern ab, außerdem 600 Milliarden Dollar in Form von Schuldentilgung und 500 Milliarden Dollar dank Handelsbestimmungen, die den reichen Ländern Zugang zu billigen Arbeitskräften und Rohstoffen ermöglichen. Zusammen macht das mehr als 2 Billionen US-Dollar, die aus den armen in die reichen Länder fließen. Systematische globale Ausbeutung ist die Wurzel aller sozialen Probleme, die in den vielen Malariatoten nur einen Ausdruck findet. Moskitonetze werden sicherlich benötigt, aber sie sind alles andere als „radikale Philanthropie“. Echte Menschenliebe – also Philanthropie – fordert mehr von uns.

Ich wäre vermutlich nie auf die Idee gekommen, mich mit Philanthropie zu beschäftigen, aber meine familiären Umstände haben mich dazu gebracht. Acht Milliarden Dollar habe ich zwar nicht zu verteilen, aber dennoch stehe ich vor der Herausforderung, zu entscheiden, was ich mit meinem Erbe sinnvoll mache. Deshalb habe ich mich einer Gruppe von Spendern angeschlossen, die sich Solidaire nennen. Un-

ter radikaler Philanthropie verstehen wir den Kampf gegen die Ursachen des Leidens auf der Welt. Die Krisen, die wir gerade erleben, sind Ausdruck unseres politischen und wirtschaftlichen Systems: Und diese sind historisch gewachsen. Sie sind tief verwurzelt in Kapitalismus und Imperialismus und werden verstärkt durch Rassismus und Sexismus. Die Antwort auf die Probleme der Welt sind nicht einfach – sie beruhen auf komplexen Dynamiken, die wir erst lernen müssen zu verstehen. Wenn wir den Menschen wirklich helfen wollen, brauchen wir daher einen Systemwechsel. Es darf nicht darum gehen, rücksichtslos die maximale Rendite aus Investitionen zu erzielen. Wir brauchen ein politisches System, das nicht die Wirtschaft, sondern die Menschen in den Fokus nimmt.

Wir von Solidaire richten unseren Blick auf soziale Bewegungen, die den Status quo herausfordern sowie die bestehende Ordnung zu stören und zu transformieren versuchen. Wir investieren in Bewegungen, die von den Betroffenen selbst angestoßen werden. Zum Beispiel haben wir Idle No More unterstützt, eine Bewegung kanadischer First Nations, die ihr Land gegen die Übernahme durch große Unternehmen verteidigen. Gefördert haben wir auch das Debt Collective, das Menschen hilft, aus der Schuldenfalle herauszukommen, in die sie durch die horrenden Studiengebühren hineingeschlittert sind, die in den USA erhoben werden.

Wirtschaftliche und politische Ungleichheit ist die Wurzel der drängendsten sozialen Probleme. Die wenigen Reichen können auf diese Weise die Agenda dieses Landes und der ganzen Welt bestimmen. Es ist Aufgabe der Demokratie, nicht die von Stiftern oder anderen Geldgebern, zu entscheiden, welche Probleme am drängendsten gelöst werden müssen und wie man sie angeht. Soziale Bewegungen zu unterstützen ermächtigt diese, für ihre eigenen Rechte kämpfen zu können, und stärkt so die Demokratie. Letzten Endes ist die beste Philanthropie jedoch die, die auf ein System hinwirkt, das Philanthropie überflüssig macht.

Der Artikel erschien zuerst auf Englisch und in längerer Fassung auf huffingtonpost.com

„Alle BerlinerInnen werden von dem Gesetz profitieren“

Sandy Kaltenborn von der Mietergemeinschaft Kotti & Co über das erfolgreiche Volksbegehren zum Mietenvolksentscheid in Berlin



Vor dem Protesthaus von Kotti & Co am Kottbusser Tor in Berlin werden Unterschriften für das Volksbegehren zum Mietenvolksentscheid gesammelt. Foto: mietenvolksentscheidberlin.de

Sandy Kaltenborn ist Mitinitiator der Mietergemeinschaft Kotti & Co, seit Herbst 2014 Förderprojekt der Bewegungsstiftung. Gemeinsam mit anderen Basisgruppen hat Kotti & Co einen Mietenvolksentscheid für Berlin auf den Weg gebracht, um eine politische Lösung für die steigenden Mieten zu erreichen und die Verdrängung von Menschen aus dem Innenstadtbereich zu stoppen. Die erste Hürde wurde gerade kürzlich genommen: Statt der benötigten 20.000 wurden bis Ende Mai 48.451 Unterschriften für ein Volksbegehren gesammelt – damit muss sich der Senat mit dem Gesetzentwurf der Initiative befassen und letzten Endes die BerlinerInnen über ihn abstimmen lassen. Mit Sandy Kaltenborn sprach Johanna Treblin für die Bewegungsstiftung.

48.541 Unterschriften für den Mietenvolksentscheid in Berlin, hast Du mit so vielen gerechnet?

Sandy Kaltenborn: Nein, mit so einer hohen Zahl haben wir alle nicht gerechnet. Aber wir sind schon davon ausgegangen, dass wir die erste Hürde des Volksentscheides, 20.000 Unterschriften zu sammeln, gut schaffen, denn von Anfang an gab es durchweg positive Resonanz aus der Bevölkerung.

Du hast vor vier Jahren zusammen mit anderen MieterInnen vom Kottbusser Tor die Mietergemeinschaft Kotti & Co gegründet, die Mitinitiatorin des Volksentscheides ist. Hattet Ihr zu Beginn schon etwas wie einen Volksentscheid im Kopf?

Nein, anfangs dachten wir noch viel kleiner. Wir dachten, wir könnten mit den Eigentümern und mit der Hausverwaltung reden, um die steigenden Mieten zu verhindern. Wir wussten nicht, dass das Problem so groß ist. Anfangs ging es nur um ein paar Häuser. Erst mit der Zeit haben wir verstanden, dass der alte Soziale Wohnungsbau in Berlin ein großes Problem ist und dass rund 140.000 Mietparteien betroffen sind. Das ganze ist dann langsam zur Frage der sozialen Wohnraumversorgung geworden.

Dass wir jetzt den Volksentscheid unterstützen, ist die logische Konsequenz aus den vergangenen Jahren, in denen wir auf allen erdenklichen Ebenen aktiv waren: vom klassischen Protest über Veranstaltungen und Broschüren bis hin zu einer Konferenz zum sozialen Wohnungsbau. Wir haben Fachexpertise organisiert und uns immer wieder mit der Politik zusammengesetzt – nicht nur auf

Bezirks- sondern auch auf Landesebene. Das hat aber alles faktisch zu nichts geführt. Deshalb haben wir uns Mitte vergangenen Jahres mit anderen Initiativen zusammen getan, und mit ihnen diesen Volksentscheid auf den Weg gebracht.

Abgestimmt werden soll zur nächsten Abgeordnetenhauswahl im Herbst 2016. Wenn der Volksentscheid Erfolg hat: Wem wird er vor allem nutzen?

Wir glauben, dass alle BerlinerInnen profitieren werden. Wenn der Prozess der Verdrängung und der steigenden Mieten so weitergeht, wird es zu einer weiteren sozialen Segregation kommen. Das kann für das demokratische Gefüge einer Stadt nicht gut sein. Unsere konkreten Forderungen betreffen letztlich 400.000 und damit etwa ein Viertel aller Berliner Mietwohnungen. Für diese wollen wir unter anderem die Mieten einkommensabhängig staffeln.

AktivistInnen anderer Mieteninitiativen, die stärker auf direkte Aktionen setzen, kritisieren, dass Ihr mit dem Volksentscheid den bürgerlichen Weg über die Institutionen einschlagt.

Die Frage ist, was die Alternative ist. Ich sehe nicht, dass aus dem aktivistischen Spektrum eine andere qualitative Strategie entwickelt wurde, wie man der großen sozialen Frage der Verdrängung und Segregation begegnet. Der Mietenvolksentscheid denkt eine Kategorie größer: ein Gesetz auf Landesebene. Dafür haben wir uns im Vorfeld mit unzähligen Gruppen zusammengesetzt und diskutiert. Der Entwurf ist letztlich von einer Reihe von Initiativen in einem kollektiven Prozess in mehreren Arbeitsgruppen erarbeitet und von Juristen überprüft worden. Wie sich an den Reaktionen der Politik zeigt, bietet er sehr wenig Angriffsfläche und ist sauber geschrieben. Wir begreifen den Volksentscheid auch als Projekt der sozialen Bewegungen und wollen den Weg gemeinsam weiter beschreiten.

www.mietenvolksentscheidberlin.de